Trommeln fürs Herzstück

Basel. Um dem Basler Projekt „Herzstück“ in Bundesbern Gehör zu verschaffen, haben die Präsidenten des Großen Rates und des Landrats jetzt persönlich eine entsprechende Resolution an die Eidgenössischen Räte übergeben, heißt es in einer gemeinsamen Medienmitteilung. Unterstützt wurden sie von den regionalen National- und Ständeratsmitgliedern. Der Appell: Die Projektierungsmittel von 120 Millionen Franken seien im Rahmen des laufenden Ausbauschritts dringend notwendig – einen jahrelangen Stillstand könne sich die Region nicht leisten.

Baselland muss weniger zahlen

Basel (sda). Für Leistungen des öffentlichen Verkehrs auf kantonsfremdem Gebiet im Jahr 2017 soll Basel-Stadt vom Baselbiet 3,97 Millionen Franken bekommen. Dieser Abgeltungssaldo ist 5,8 Prozent tiefer als im Vorjahr. Von der Zahlung zugunsten des Stadtkantons entfallen 3,12 Millionen Franken auf den Tram- und 0,85 Millionen auf den Busbereich, wie im Bau- und Verkehrsdepartement zu erfahren war. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr liege „im normalen Schwankungsbereich“; größere einzelne Faktoren seien ausgeblieben.

126 neue Wohnungen

Basel (sda). An der Burgfelderstraße in Basel können auf Boden des Kantons 126 neue Genossenschaftswohnungen erstellt werden. Die Basler Regierung hat die Abgabe des dafür nötigen Areals im Baurecht genehmigt, wie sie am Dienstag mitteilte.

In der Überbauung mit zwölf Mehrfamilienhäusern sollen Wohnungen mit zweieinhalb bis fünfeinhalb Zimmern entstehen. Vorgesehen ist zudem eine Einstellhalle mit 50 Plätzen. Verwirklicht wird das Projekt entlang der Tramlinie 3 von der Neuen Wohnbaugenossenschaft Basel und der Wohnbaugenossenschaft Bündnerstraße. Neben den mehr als 7000 Quadratmetern Land im Baurecht übergibt der Kanton den Genossenschaften auch das Alte Zollhaus für eine halböffentliche Nutzung. Bei einer Präsentation im Mai vergangenen Jahres hatten die Genossenschaften die Erstellungskosten der Überbauung auf 45 Millionen Franken geschätzt. Der Bezug ist für 2020 vorgesehen.

Kampf gegen Krankheiten

Basel (sda). Die Peruanerin Stella Hartinger-Peña erhält den diesjährigen R. Geigy-Preis. Die 38-Jährige bekommt die mit 20 000 Franken dotierte Auszeichnung der R. Geigy-Stiftung für ihre Verdienste im Kampf gegen Krankheiten und Mangelernährung in Peru. Hartinger-Peña arbeitete an einem Projekt des in Basel ansässigen Schweizerischen Tropen- und Public-Health-Instituts (Swiss TPH) im ländlichen Peru mit, wie die Einrichtung mitteilte.

Für einen Alltag ohne Auto

Bündnis „KlimaVerantwortungJetzt!“ setzt sich für eine umweltfreundliche Mobilität ein
Kritik am kantonalen Richtplan / „Regierungsrat vernachlässigt Klimaschutz“

Foto: Archiv

Minderung des Ausstoßes von Kohlendioxid (CO2), Schaffung von Rahmenbedingungen für eine fossilfreie Gesellschaft sowie die Priorisierung einer umweltverträglichen Mobilität: Das sind Forderungen des Bündnisses „KlimaVerantwortungJetzt!“. Dieses kritisiert in einer Stellungnahme den kantonalen Richtplan für Anpassung der Mobilität scharf.

■ Von Denis Bozbag

Basel. Große Besorgnis bei vielen Gruppierungen und Einzelpersonen hat laut einer Medienmitteilung des Bündnisses die öffentliche Vernehmlassung zum kantonalen Richtplan Anpassung der Mobilität ausgelöst. Der Vorwurf: Der Regierungsrat habe bei seiner Planung Fragen des Klimaschutzes komplett vergessen.

„Klimaschutz erfordert ein politisches Handeln, das viel unbequemer ist, als den Wohlstand zulasten unserer Kinder weiter zu vermehren“, beklagt Alex Schubert, Koordinator des Bündnisses den Unwillen des Regierungsrates, sich der Klima-Problematik anzunehmen. „An dieser heißen Kartoffel will sich wohl niemand die Finger verbrennen. Denn ohne dass wir Gewohnheiten ändern, ist Klimagerechtigkeit nicht zu haben.“

Laut der Stellungnahme hat der Regierungsrat den Klimaschutz als zentrales öffentliches Interesse erst gar nicht in seine Überlegungen einbezogen. Die Schweiz hat 2017 das Paris-Abkommen ratifiziert, mit dem die Klimaerwärmung auf ein annehmbares Maß begrenzt werden soll und ist damit eine völkerrechtsverbindliche Verpflichtung eingegangen. Dieser komme der Regierungsrat mit den vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem Richtplan aber nicht nach, gibt das Bündnis in der Mitteilung zu bedenken. Da nicht auf die Klimaziele eingegangen werde, ignoriere der Richtplanentwurf grundlegende Überlegungen zum Umweltschutz und sei damit veraltet und hinfällig, lautet die Schlussfolgerung. Zudem sei das methodische Vorgehen des Kantons für Klimafragen völlig ungeeignet. Da nur Vorschläge zur Mobilität gemacht werden, könne keine eingeschlossene Abstimmung mit der Siedlungsentwicklung, der Wohnraumpolitik und der Energieplanung erfolgen.

Mit verschiedenen Anträgen will das Bündnis dem Regierungsrat aufzeigen, wie er sich dem Thema annehmen solle: Der Ausstoß schädlicher Treibhausgase müsse weiter reduziert werden, wie es das Paris-Abkommen vorgibt. Zudem sollen CO2-relevante Vorhaben wie der Rheintunnel, der Gundelitunnel, der Westring oder die Anbindung des EuroAirports mit der S-Bahn nicht weiter priorisiert werden. Stattdessen solle das Augenmerk auf eine CO2-günstige Fortbewegung gelegt werden. Die Stellungnahme fordert dabei ausdrücklich infrastrukturelle Maßnahmen für Fußgänger, für schnellen und langsamen Radverkehr sowie für den öffentlichen Nahverkehr wie Bus, Tram oder S-Bahn.

> **»Den Menschen muss endlich reiner Wein eingeschenkt werden.«**
>
> Axel Schubert, Koordinator KlimaVerantwortungJetzt!

Ebenso wichtig sei ein qualitativer Stadtumbau, mit dem es Bewohnern einfacher gemacht wird, auf motorisierte Verkehrsmittel zu verzichten. Dazu könne der Regierungsrat beispielsweise Pilotprojekte zu autofreien Stadtteilen realisieren oder sogar autofreie Tage durchführen, um Erfahrungen mit einem Alltag ohne Autos zu sammeln.

Schubert bringt die Dringlichkeit einer verantwortungsvollen Mobilitätspolitik auf den Punkt: „Den Menschen muss endlich reiner Wein eingeschenkt werden, damit ein gesellschaftlicher Lernprozess denkbar ist. Ein weiterer Ausbau von Autobahnen oder Stadttunnels, wie in Basel in der Planung, ist jedenfalls völlig anachronistisch. Mit solchen Lösungen aus dem vergangenen Jahrhundert können wir die Klimaerwärmung nicht stoppen.“ Marco Greiner, Regierungssprecher des Kantons Basel-Stadt wollte sich auf Nachfrage nicht zur Kritik äußern. Die Stellungnahmen zum Richtplan müssen erst ausgewertet werden, bevor man etwas zum weiteren Vorgehen sagen könne.

INFO

Richtplan

Der Richtplan zeigt die für eine räumliche Entwicklung wesentlichen Vorhaben eines Kantons für einen Zeithorizont von bis zu 20 Jahren auf. Er macht Aussagen zu Siedlung, Natur und Landschaft, Mobilität sowie Ver- und Entsorgung. Er ist ein strategisches Planungsinstrument und hilft, raumwirksame Tätigkeiten besser aufeinander abzustimmen.

Mehr Sicherheit

Polizei | Schutz für jüdische Gemeinde

Basel (sda). Die baselstädtische Polizei kann sich um acht bewaffnete Sicherheitsassistenten aufstocken, um die Polizeipräsenz bei jüdischen Institutionen zu erhöhen. Dafür hat der Große Rat gestern 746 000 Franken im Jahr ohne Gegenstimmen bewilligt. Damit können die jüdischen Gemeinden ihre eigenen Sicherheitskosten senken.

Die Regierung sieht die Erhöhung der Polizeipräsenz in Basel und der kantonalen Ausgaben zum Jahresbeginn 2019 vor. „Wir sind parat“, sagte Justiz- und Sicherheitsdirektor Baschi Dürr. Die Kommissionssprecherin wies vor dem Ratsplenum auf den „Sonderfall“ hin, dass der Stadtkanton erstmals für eine private Organisation Sicherheitskosten übernimmt. Dies sei aber „gerechtfertigt“. Für die SP ist „beschämend“, dass so eine Maßnahme nach dem zweiten Weltkrieg noch nötig ist. Bewaffnet Polizisten in Uniform hat Basel-Stadt

Die Basler Synagoge Foto: Juri Weiss

rund 700 auf der Lohnliste. Dazu kommen bisher rund 100 Sicherheitsassistenten (SiAss). Von letzteren übernehmen ein Fünftel „besondere Aufgaben“: Diese rund 20 SiAss sind bewaffnet. Wie die acht bewaffneten Neuen konkret eingesetzt werden sollen, bleibt aus Sicherheitsgründen geheim. Die Betroffenen sollen hebräisch sprechen und mit jüdischen Sitten und Gebräuchen vertraut sein, wie die Kommissionssprecherin sagte.

Ehre für Basel

Preis | Ausgezeichneter Verkehr

Basel. Im Namen des Kantons Basel-Stadt hat Regierungsrat Hans-Peter Wessels am Dienstagabend in Paris den „Grand prix européen de la mobilité“ entgegennehmen. Mit dem Preis würdigt das renommierte französische Fachmagazin „Ville, Rail & Transports“ die erfolgreichen Bemühungen der Stadt, das Basler Tramnetz nach fast einem halben Jahrhundert wieder trinational auszugestalten, wie es in einer Mitteilung des Bau- und Verkehrsdepartements heißt. Die feierliche Preisverleihung fand im Rahmen einer jährlichen Fachtagung mit mehr als 350 Mobilitäts-Experten aus ganz Frankreich statt. „Der Preis ist eine große Ehre für Basel“, wird Wessels in der Mitteilung zitiert. „Mit der Rückkehr zum trinationalen Tramnetz hat Basel einen verkehrspolitischen Meilenstein gesetzt, der weit über die Landesgrenzen hinaus gewürdigt wird.“

Die Entwicklung des grenz-

Die Tram 8 fährt grenzüberschreitend. Foto: Archiv

überschreitenden Tramnetzes hat eine bewegte Geschichte: Im Jahr 1900 überfährt die Basler Straßenbahn auf der Linie nach St. Ludwig erstmals die Landesgrenze. Später folgen zwei weitere Linien nach Hüningen und nach Lörrach. Eine Erfolgsgeschichte, die jedoch durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen wird und in den 1950er- und 60er-Jahren mit dem Einsatz von Autobussen endet, wie es in der Mitteilung weiter heißt.

Zukunft bleibt ungewiss

Basel (sda). Die unter Druck geratene Uhren- und Schmuckmesse Baselworld zeigt sich offen für Gespräche über eine Kooperation mit dem Genfer Gegenstück SIHH und der Lieferantenmesse EPHJ. Dies sagte der Messeleiter der Baselworld, Michel Loris-Melikoff, jüngst in einem Interview mit dem englischen Uhren-Onlineportal Watchpro. „Wenn die Uhrenindustrie sagt, dass es zwei Messen gleichzeitig am selben Ort braucht, dann werden wir diese Nachfrage befriedigen. Wenn die Uhrenhersteller sagen, es braucht eine Messe, werden wir auf sie hören“, sagte Loris-Melikoff, der die Messeleitung der Baselworld von Sylvie Ritter übernommen hatte. Die gesamte Industrie könnte an einem gewissen Zeitpunkt zusammenspannen – der Salon international de la haute horlogerie, die Baselworld und die Zuliefermesse EPHJ. Wegen des Ausstiegs des größten Ausstellers Swatch ist die Zukunft der Baselworld ungewiss.